Zählgemeinschaft SPD-Fraktion / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

04.02.2014

Antrag	Vorlage-Nr: Öffentlichkeitsstatus: VO/2014/3647-01

Essbare Stadt - Änderungsantrag (TOP 4.2): StadtGrün weiter entwickeln - Nutzungsoptionen erweitern - Urban Gardening unterstützen

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	04.02.2014	N	Vorberatung	8.2
Rat der Stadt Osnabrück	04.02.2014	Ö	Entscheidung	4.2

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. in den Fachausschüssen STUA und OSB die derzeitige Grün- und Freiflächenstruktur und ihre Nutzungen darzustellen.
2. Insbesondere die Bereiche, in denen bereits Nutzpflanzungen stehen, zu bilanzieren und das Potential für eine Ausweitung dieser Nutzungsformen zu klären.
3. Unter Hinzuziehung von externer Expertise, zum Beispiel der Hochschulen, das Thema "Urban Gardening" und die darauf folgenden Entwicklungsmöglichkeiten für die Stadt gemeinsam mit der Politik in den Fachausschüssen zu diskutieren.
4. Über den Stand und die Perspektiven des Kleingartenwesens in der Stadt zu berichten.
5. Im Anschluss daran ggf. Vorschläge zur Weiterentwicklung von "Urban Gardening" (Gemeinschaftliche Gartennutzungsinitiativen, gärtnerische Nutzungen auf öffentlichem Grün) und des Kleingartenwesens in Osnabrück zu machen.
6. Unter Einbeziehung der Freiwilligen-Agentur und unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem Projekt Baumpatenschaft, den Friedensgärten und anderen Gemeinschaftsinitiativen das bürgerschaftliche Potenzial zur freiwilligen Pflege öffentlicher Flächen zu klären.

Sachverhalt:

Städtische Grünflächen haben wichtige Funktionen und Nutzungsoptionen im urbanen Raum für die BürgerInnen:

- Sie haben wichtigen gestaltenden Einfluss auf das Stadtbild und prägen das die Stadt umfassende Landschaftsbild.
- Grün- und Freiflächen dienen der Naherholung, dem Aufenthalt im Freien, dem Spiel von Kindern und Erwachsenen.
- Städtisches Grün hat wichtige Funktionen für die Luftreinhaltung, die Staubbindung, die Regulierung des städtischen Klimas und des Kleinklimas im Quartier und unterstützt den Lärmschutz.
- Grünzüge und Grünverbindungen erhöhen die Mobilitätsoptionen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen in einem menschenfreundlichen Umfeld.
- Stadtgrün bietet Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen und fördert so den Arten- und Naturschutz.
- Gemeinschaftlich genutzte Flächen haben im städtischen Raum eine lange Tradition. So bieten städtische Grünflächen auch Möglichkeiten für Nutzpflanzungen zur Lebensmittelgewinnung oder zur Biomasseverarbeitung. Dementsprechend finden sich auf städti-

schen Flächen frei zugänglich auch Nuss- und Obstgehölze, Kräuter und andere Grünpflanzen sowie Nahrungsangebote für Bienen städtischer Imkereien. Von diesen Möglichkeiten ist insbesondere in (Kriegs- und) Krisenzeiten intensiv Gebrauch gemacht worden.

Abweichender Beschluss:
Alle drei vorliegenden Antragstexte werden zur weiteren Beratung in den Betriebsausschuss des Osnabrücker ServiceBetriebes Verwiesen:

a) Ursprungsantrag der Gruppe UWG/Piraten (VO 2014/3647)
b) Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen (VO 2014/3647-01):

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. in den Fachausschüssen STUA und OSB die derzeitige Grün- und Freiflächenstruktur und ihre Nutzungen darzustellen.
2. Insbesondere die Bereiche, in denen bereits Nutzpflanzungen stehen, zu bilanzieren und das Potential für eine Ausweitung dieser Nutzungsformen zu klären.
3. Unter Hinzuziehung von externer Expertise, zum Beispiel der Hochschulen, das Thema "Urban Gardening" und die darauf folgenden Entwicklungsmöglichkeiten für die Stadt gemeinsam mit der Politik in den Fachausschüssen zu diskutieren.
4. Über den Stand und die Perspektiven des Kleingartenwesens in der Stadt zu berichten.
5. Im Anschluss daran ggf. Vorschläge zur Weiterentwicklung von "Urban Gardening" (Gemeinschaftliche Gartennutzungsinitiativen, gärtnerische Nutzungen auf öffentlichem Grün) und des Kleingartenwesens in Osnabrück zu machen.
6. Unter Einbeziehung der Freiwilligen-Agentur und unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem Projekt Baumpatenschaft, den Friedensgärten und anderen Gemeinschaftsinitiativen das bürgerschaftliche Potenzial zur freiwilligen Pflege öffentlicher Flächen zu klären.

c) Änderungsantrag der FDP-Fraktion (VO 2014/3749)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **angenommen.**